

3.29 Aktionsprogramm für die Reform der LehrerInnenbildung

Antragsteller: Hauptvorstand

5

1. Die GEW führt einen breit angelegten Diskurs über das professionelle Selbstverständnis der Lehrerinnen und Lehrer. Es soll den veränderten gesellschaftlichen Erwartungen an die Schule und an die in ihnen arbeitenden Pädagoginnen und Pädagogen gerecht werden. Damit soll auch Plänen entgegen gewirkt werden, deren Ausbildung und Tätigkeit zu entprofessionalisieren.
10
2. Die GEW erwartet transparente Orientierungsdaten über die künftige Angebots- und Bedarfsentwicklung auf dem Arbeitsmarkt Schule. Sie sollen die Planbarkeit von Berufs- und Studienwahl erleichtern, motivierten und qualifizierten Studierenden realistische berufliche Perspektiven aufzeigen und sie so für den LehrerInnenberuf gewinnen.
20
3. Die Studierenden müssen bessere Selbsterfahrungs- und Selbsteinschätzungsmöglichkeiten bezogen auf ihre Ausbildungs- und Berufserwartungen, die professionellen Anforderungen und die in der Ausbildung zu erwerbenden Kompetenzen erhalten. Die GEW fordert daher die Hochschulen auf, entsprechende Angebote (z. B. projektorientierte Kleingruppenarbeit, wissenschaftlich reflektierte Praktika, orientierende Beratungsangebote etc.) schon in der Anfangsphase des Studiums anzubieten.
30
35
40
4. Die GEW ist der Auffassung, dass weder ein sechssemestriges Bachelorstudium noch die Kombination eines rein fachwissenschaftlichen sechssemestrigen Bachelorstudiums mit einem zweisemestrigen Masterstudium, in dem die bildungs- und berufswissenschaftlichen Studienanteile nachgeholt werden, den pädagogischen Anforderungen der Schule gerecht wird. Die GEW plädiert deswegen für ein grundständiges,
45
50

mindestens achtsemestriges Studium für alle lehrerbildenden Ausbildungsgänge.

55

5. Die GEW unterstützt die Bemühungen, die bildungswissenschaftlichen Anteile an der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen quantitativ und qualitativ auszubauen. Die von der KMK beschlossenen Standards für die Bildungswissenschaften sind ein sinnvoller Ansatz. Sie müssen um entsprechende Aussagen zur Fachdidaktik und zu den Fachwissenschaften ergänzt und mit den Lehrenden und den sie vertretenden Gewerkschaften und Verbänden, genauso wie mit den Akkreditierungsagenturen, abgestimmt werden.

60

65

70

6. Die GEW teilt die Auffassung des OECD-Gutachtens, das die starke Fragmentierung des deutschen Schulsystems und die damit verbundene Zersplitterung der Lehrerausbildung als Hauptschwachpunkte für ein gemeinsames Berufsverständnis und die Beschäftigung von LehrerInnen ansieht. Sie fordert die KMK auf, die Ausbildung für die unterschiedlichen Lehrämter an einem gemeinsamen Kerncurriculum zu orientieren.

75

80

85

7. Die GEW fordert eine verbindliche Berufseinmündungsphase, um den beruflichen Einstieg systematisch zu verbessern. Unterschiedliche Formen ihrer Gestaltung sollen durch entsprechende Experimentierklauseln ermöglicht werden.

90

8. Die GEW fordert die zuständigen Landesministerien auf, Konzepte für den berufsbegleitenden Erhalt und den Ausbau der pädagogischen und sozialen Kompetenzen der LehrerInnen vorzulegen. Durch ein systematisches und Arbeitgeber finanziertes Angebot von Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen sollen LehrerInnen die eigenen Kompetenzen erhalten und sich auf neue Anforderungen vorbereiten können. Fort- und Weiterbildung sind Bestandteil der LehrerInnenarbeitszeit. Die Institution

95

100

105 Schule soll auch so zur lernenden Orga-
nisation werden.

110 9. Die Qualitätssicherung gehört zum pro-
fessionellen Selbstverständnis von Lehre-
rinnen und Lehrern. Die GEW ist bereit,
sich an der Evaluation der Lehre in
Hochschulen und Schulen zu beteiligen,
wenn es dabei um eine inhaltliche Ver-
besserung des Lehrens und Lernens geht.
115 Der Gewerkschaftstag fordert den Haupt-
vorstand auf, die gewerkschaftliche Betei-
ligung bei der Akkreditierung von
Studiengängen auch im Bereich der Lehr-
erInnenbildung zu sichern.

120 10. Um die spezifischen Belange der Lehre-
rInnenbildung und ihre Qualität sicher-
zustellen, sind an den Hochschulen
Wissenschaftliche Zentren für LehrerIn-
nenbildung einzurichten. Sie sind mit
125 den erforderlichen Entscheidungskompe-
tenzen auszustatten.

130 11. Die GEW fordert die KMK und die zu-
ständigen Landesministerien auf, zusam-
men mit den Lehrerorganisationen einen
„Nationalen Rat zur LehrerInnenpolitik“
einzurichten. Er soll ein länderübergrei-
fendes Gesamtkonzept für die Werbung,
berufliche Weiterentwicklung und die Be-
schäftigung qualifizierter LehrerInnen
135 entwickeln.

Begründung:

140 Die dem Lübecker Gewerkschaftstag vorgeleg-
ten „Eckpunkte der GEW zur Reform der
LehrerInnenbildung“ hat der GEW-
Hauptausschuss am 23. Juni 2001 beschlossen
in großer Auflage gedruckt und den Landes-
145 verbänden zur Verfügung gestellt. Sie sind
Grundlage der GEW-Stellungnahmen zur
Umsetzung der von der Terhart-Kommission
vorgelegten „Perspektiven der Lehrerbildung
in Deutschland“ gewesen. In Baden-
150 Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen,
Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nord-
rhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen,
Sachsen-Anhalt und Thüringen sind Veran-
staltungen in Kooperation zwischen Haupt-
155 vorstand und Landesverbänden durchgeführt

worden. Mitglieder der Projekt- bzw. Lenkungsgruppe „LehrerInnenbildung“ haben daran teilgenommen, um angesichts der von Land zu Land sehr unterschiedlichen Regierungspolitiken auf gewerkschaftlicher Seite koordiniert vorgehen zu können.

160 Die Themen reichten von der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengänge in der LehrerInnenbildung bis zur Entwicklung von

165 Lehrerbildungszentren an den Hochschulen. Fragen der Kompetenzentwicklung, der Umgang mit Heterogenität, die Erarbeitung von Lerncurricula und Standards wurden bearbeitet.

170 Die GEW hat in einer Vielzahl von Gesprächen mit der Kultusministerkonferenz einen breit angelegten Diskurs zum Thema „Lehrerleitbild“ eingefordert. Sie hat Stellung bezogen zu den „Ländergemeinsamen

175 Strukturvorgaben“ für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengänge in der LehrerInnenbildung. Sie hat darauf gedrungen, dass die von der KMK beratenen „Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften“ um Aussagen zu den Fachwissenschaften und Fachdidaktiken erweitert werden.

180 Intensiv hat sich die GEW mit der international vergleichenden Studie „Attracting, Developing and Retaining Effective Teachers“ auseinander gesetzt. Anfangs hat sie – erfolgreich – darauf gedrungen, dass sich Deutschland an dieser Studie beteiligt. Dann hat sie mit einer ausführlichen Stellungnahme auf

185 Korrekturen in dem von der KMK vorgelegten „Nationalen Bericht“ gedrängt. Der daraufhin überarbeitete und ergänzte „Nationale Bericht“ ist dann Grundlage eines Audit-Verfahrens in vier Bundesländern gewesen, an dem die entsprechenden Landesverbände – gut vorbereitet – beteiligt worden sind.

190 Die Beiträge der GEW haben sowohl im „OECD-Länderbericht: Die LehrerInnenbildung in Deutschland“ ihren Niederschlag gefunden als auch in der internationalen Studie, die am 17./18. November 2003 in Amsterdam vorgestellt worden ist. Die GEW hat am 26./27. November 2004 in Bielefeld ein Forum LehrerInnenbildung durchgeführt, in dem beide Berichte zum ersten Mal in

200 Deutschland unter Beteiligung von OECD-Autoren präsentiert worden sind. Dort hat sie

205

210 sich auch mit einer Zwischenbilanz der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengänge in der LehrerInnenbildung und mit den „Landesgemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen in der Lehrerbildung“ befasst.

215

Beschlossen am 26. April 2005